

25.08.2014

Rechtsausschuss

Dr. Robert Orth MdL

Einladung

31. Sitzung (öffentlich)
des Rechtsausschusses
am Mittwoch, dem 3. September 2014,
nachmittags, 13.30 Uhr, Raum E 3 – A 02

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Gemäß § 53 Abs.1 der Geschäftsordnung des Landtags berufe ich den Ausschuss ein und setze folgende Tagesordnung fest:

Tagesordnung

- 1. Politisches Weisungsrecht gegenüber Staatsanwaltschaften abschaffen - selbstverwaltete Justiz ermöglichen - Gewaltenteilung stärken**

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5281

- Zuziehung von Sachverständigen

- 2. Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung des Kreises Paderborn, der Kreisstadt Euskirchen sowie der Stadt Recklinghausen §§ 17 bis 19 Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen - TVgG - NRW - vom 10. Januar 2012 (GV. NRW. S. 17) sowie §§ 1 bis 22 Verordnung Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen - RVO TVgG - NRW - vom 14. Mai 2013 (GV. NRW. S. 253) verstießen gegen das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung, insbesondere gegen Art. 78 Abs. 3 LV NRW**

VerfGH 15/14
Vorlage 16/1965

bitte wenden!

3. **Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Vorlage des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen zu der Frage, ob die §§ 31, 32 des Hochschulrahmengesetzes in der Fassung des Siebten HRG-Änderungsgesetzes vom 28. August 2004 sowie die Vorschriften der Länder zur Ratifizierung und Umsetzung des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung mit dem Grundgesetz vereinbar sind, soweit sie für den Studiengang Humanmedizin ein Vergabeverfahren vorsehen, bei dem nach Abzug einiger Vorabquoten 20 % der Studienplätze allein nach dem Grad der Qualifikation (unter Bildung von Länderquoten), 60 % der Studienplätze maßgeblich nach dem Grad der Qualifikation (ohne Bildung von Länderquoten) und 20 % der Studienplätze nach Wartezeit (ohne Beschränkung auf Bewerbungssemester) vergeben werden und bei dem die für eine Zulassung in der Wartezeitquote erforderliche Anzahl an Wartesemestern regelmäßig die Dauer eines normalen Studiums übersteigt.**

1 BvL 5/13 u.a.
Vorlage 16/2069

4. **Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer Rechtsvorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/6089

5. **Gesetz zur Aufhebung der Verordnung über die Gewährung von Unterhaltsbeihilfen an Rechtsreferendare und zur Anpassung weiterer Gesetze im Zuständigkeitsbereich des Finanzministeriums**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/5981

6. **Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Freiheitsstrafe und zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/5413

in Verbindung mit

Gesetz zur Regelung des Strafvollzuges in Nordrhein-Westfalen (Strafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – StVollzG NRW)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4155

APr. 16/594

- Auswertung der Anhörung

7. **Einspruch! Die Änderungen des Antiterrordateiengesetzes setzen die Vorgaben aus dem Urteil des BVerfG vom 24. April 2013 (1 BvR 1215/07) nicht um**

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6117

8. Freie Berufe in Nordrhein-Westfalen stärken: Europäisches Semester kritisch begleiten

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6134

**9. Sicherheit der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher
Schriftlicher Bericht zur Umsetzung der Ergebnisse und Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Sicherheit der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher“**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2050

10. Zukunft der JVA Büren

in Verbindung mit

Situation der Justizvollzugsanstalt Büren

Bericht der Landesregierung
Vorlage wird erwartet

11. 18-jähriger in Jugendarrestanstalt Bottrop lebensgefährlich verletzt

Bericht der Landesregierung
Vorlage wird erwartet

12. Ausbruch aus der JVA Gelsenkirchen am 9. Juli 2014

Bericht der Landesregierung
Vorlage wird erwartet

13. Neubau der JVA Münster auf ehemaligem Bundeswehrgelände geplatzt?

in Verbindung mit

Neubau der Justizvollzugsanstalt Münster

Bericht der Landesregierung
Vorlage wird erwartet

14. BLB umgangen? Privater Investor soll Gelände für Neubau des Amtsgerichts Werl suchen

Bericht der Landesregierung
Vorlage wird erwartet

bitte wenden!

15. Wieso unterschlägt Justizminister Kutschaty der Öffentlichkeit die Bedenken der nordrhein-westfälischen Gerichtspraxis gegen die Mietpreisbremse?

Bericht der Landesregierung
Vorlage wird erwartet

16. Verschiedenes

gez. Dr. Robert Orth
- Vorsitzender -

F. d. R.

Sascha Symalla
Ausschussassistent

Anlage
Verteiler

Zuziehung von Sachverständigen des Rechtsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen

3. September 2014, 13.30 Uhr, Raum E 3 – A 02

„Politisches Weisungsrecht gegenüber Staatsanwälten abschaffen - selbstverwaltete Justiz ermöglichen - Gewaltenteilung stärken“

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5281

V e r t e i l e r

Präsident des Thüringer Rechnungshofes
Dr. Sebastian Dette
Thüringer Rechnungshof
Rudolfstadt

Leitender Oberstaatsanwalt
Thomas Harden
Staatsanwaltschaft Düsseldorf
Düsseldorf

Leitender Oberstaatsanwalt
Heiko Manteuffel
Staatsanwaltschaft Köln
Köln

Neue Richtervereinigung
Prof. Dr. Frank Rose
Direktor des Amtsgerichts Ratzeburg
Ratzeburg

RA Jürgen Widder
Vorsitzender des Landesverbandes
NRW im Deutschen AnwaltVerein
Bochum

Prof. Dr. Hinnerk Wißmann
Professur für öffentliches Recht und Ver-
waltungslehre
Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Münster